

Warum überlässt die Friedensbewegung den Protest gegen die völkerrechts- und verfassungswidrige Nutzung der US-Militärbasen in der Bundesrepublik den Neonazis?

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 123/10 – 08.05.10**

Friedensratschlag gegen Nazi-Aufmarsch Aufruf zur Anti-Nazi-Aktion

(<http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Befreiung/wiesbaden.html>)

Kassel, 5. Mai 2010 – Es ist nicht das erste Mal, dass die Neonazi-Szene versucht, bei der Friedensbewegung und anderen sozialen Bewegungen anzudocken. Bisher ist sie damit kläglich gescheitert. Weder konnte sie sich in die Massenproteste gegen den Irakkrieg 2003 noch in die Aktionen der Friedensbewegung gegen den Afghanistankrieg einschleichen. "Und dies wird auch so bleiben", erklärte der Sprecher des "Friedensratschlags" am Mittwoch in Kassel.

Mit dem für den 8. Mai angekündigten Nazi-Aufmarsch gegen das Hauptquartier der amerikanischen Landstreitkräfte in Europa in Wiesbaden-Erbenheim verfolgt die NPD-Jugend zwei Ziele: Einmal will sie sich als Kämpfer gegen den US-Krieg in Afghanistan und anderswo darstellen, zum anderen wählt sie dafür den 65. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus durch die mit den USA verbündeten Alliierten des Zweiten Weltkriegs. Dahinter steht der plumpe Versuch, antiamerikanische Ressentiments zu wecken und für ihre geschichtsrevisionsistische Propaganda zu nutzen. Die alten und neuen Nazis haben sich mit den Ergebnissen des Zweiten Weltkriegs nie abgefunden, haben nie akzeptiert, dass das verbrecherischste Regime in der Geschichte der Menschheit durch die vereinten Verteidigungsanstrengungen der Sowjetunion, der USA und Großbritanniens sowie anderer Verbündeter 1945 niedergeworfen wurde.

Wenn die Nazis am 8. Mai gegen die "Kriegstreiberei" der USA auf die Straße gehen, dann verdrehen sie die historische Wahrheit. Denn es war die Anti-Hitler-Koalition, die 1945 der gigantischen Kriegstreiberei des Naziregimes ein Ende bereitete. Wer das leugnet, will zurück in den großdeutschen Militarismus der 30er und 40er Jahre, will die Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs und der Nachkriegsordnung revidieren.

Die Friedensbewegung wird den Naziaufmarsch in Wiesbaden nicht tatenlos hinnehmen. Der Bundesausschuss Friedensratschlag ruft dazu auf, sich den Aktivitäten des "Rhein-Main-Bündnisses 8. Mai gegen den Nazi-Aufmarsch in Wiesbaden" anzuschließen. In diesem Bündnis haben sich zahlreiche Organisationen und Verbände zusammengefunden, darunter der DGB, die GRÜNEN, SPD und DIE LINKE, die katholische Kirche, die Arbeiterwohlfahrt und das Wiesbadener Bündnis gegen Rechts. Es gilt nach Auffassung der Friedensbewegung, den Nazis keinen Zentimeter Raum für ihre volksverhetzenden Lügen zu lassen. So wie in Dresden am 13. Februar und in Berlin am letzten Wochenende muss es gelingen, den braunen Spuk bereits im Ansatz zu blockieren.

Wer am 65. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus etwas gegen Kriegstreiberei tun will, muss sich den Nazis in den Weg stellen. Die Lehre der Friedens- und der antifaschistischen Bewegung aus der Geschichte lautet: "Nie wieder Faschismus. Nie wieder Krieg!"

Für den Bundesausschuss Friedensratschlag:
Peter Strutynski (Sprecher)

Unser Kommentar

Artikel 9 (2) unseres Grundgesetzes legt fest: "Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten."

Artikel 139 unseres Grundgesetzes lautet: "Die zur "Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus" erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt." (zitiert nach <http://www.bundestag.de/dokumente/rechtsgrundlagen/grundgesetz/index.html>)

Wenn die Juristen und die Politiker der Bundesrepublik Deutschland beide Artikel ernst nähmen, hätten die NPD und ihre Jugendorganisation JN als Nachfolgeorganisationen der faschistischen NSDAP und ihrer Untergliederungen längst verboten werden müssen.

Der letzte, wohl nur pro forma gestellte Verbotsantrag wurde bekanntlich im März 2003 vom Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe abgelehnt, weil die Verfassungsschutz-Agenten Schilys und einzelner Bundesländer die NPD so stark unterwandert hatten, dass nicht mehr zu klären war, ob die zur Begründung des Verbotsverfahrens vorgelegten belastenden Dokumente authentisch waren, oder den echten Neonazis von V-Leuten in NPD-Führungsgremien nur untergeschoben wurden. (Infos dazu unter <http://www.faz.net/s/RubA24ECD630CAE40E483841DB7D16F4211/Doc~EFA37FE1A62154003A38CD91248F5D86B~ATpl~Ecom~Scontent.html>)

Deshalb müssen Bürger, die unsere Demokratie verteidigen wollen, den braunen Rattenfängern immer wieder entgegentreten, wenn die bei ihren Aufmärschen mit Forderungen, die von der Mehrheit der Deutschen geteilt werden, aus durchsichtigen Gründen neue Parteigänger für ihre faschistische Ideologie zu gewinnen versuchen. Dass darf aber nicht dazu führen, dass von der NPD missbrauchte richtige Forderungen von anderen Organisationen nicht mehr erhoben werden.

Die Friedensbewegung und DIE LINKE haben bisher zu Recht nicht auf die Forderung "Bundeswehr raus aus Afghanistan!" verzichtet, obwohl die NPD schon den letzten Bundestagswahlkampf damit bestritten hat und ihr Jugendverband JN sie immer noch benutzt, wie das obige Plakat aus seiner Website belegt. Die darunter abgedruckte gleiche Forderung in weißer Schrift auf rotem Grund wurde übrigens der Website der hessischen LINKEN entnommen.



Warum wurden die richtigen Forderungen "Gegen Folterknechte und Kriegstreiberei" und "Gegen das Hegemonialstreben der USA" auf dem JN-Plakat nicht in die Aufrufe zur Gegendemonstration gegen die Neonazis übernommen und unter Hinweis auf die Folterknechte und die Kriegstreiberei der Nazis und deren Hegemonialstreben als durchsichtiges Manöver entlarvt, mit dem die Neonazis uninformierte Kriegsgegner als Mitglieder ködern wollen? Sind nur die Angriffskriege der Nazis verwerflich, weil sie viel mehr Opfer als die Angriffskriege der USA und der NATO gefordert haben?

In dem umseitig abgedruckten Aufruf des Bundesausschusses Friedensratschlag ist vom "Hauptquartier der amerikanischen Landstreitkräfte in Europa in Wiesbaden-Erbenheim" die Rede. Das ist genau so falsch, wie die Behauptung auf dem JN-Plakat, die Demonstration richte sich gegen das "europäische US-Hauptquartier in Wiesbaden". Das Hauptquartier der U.S. Army Europe / USAREUR befindet sich zur Zeit noch in Heidelberg und soll erst 20012/13 nach Wiesbaden umziehen (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_09/LP23609_281009.pdf). Das Hauptquartier aller US-Streitkräfte in Europa / EUCOM ist in Stuttgart angesiedelt und soll auch dort bleiben (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_09/LP27209_071209.pdf).

Natürlich wollen die Neonazis mit ihrer Demo am falschen Ort von den Verbrechen ihrer geistigen Väter ablenken, aber sind die gegen die heute unbestreitbar aggressive kriegstreiberische Politik der US-Regierungen und deren imperialistische Ambitionen erhobenen Vorwürfe deshalb falsch? Verdreht man nicht selbst die Wahrheit, wenn man diese auch von vielen US-Amerikanern vorgebrachte Kritik einfach als "plumpen Versuch, antiamerikanische Ressentiments zu wecken", abtut?

Niemand bestreitet die historischen Verdienste der Anti-Hitler-Koalition, die nach der hart erkämpften Wende in Stalingrad die Wehrmacht am 8. Mai 1945 zur bedingungslosen Kapitulation zwang und uns vom Faschismus befreite. Aber alle, die früher lautstark "Russens raus aus Afghanistan!" gefordert haben, müssen sich fragen lassen, warum sie heute neben der Bundeswehr nicht auch die "Amis raus aus Afghanistan!" haben wollen?

Warum wird für die Anti-Nazi-Demo mit einer die Ärmel aufkrempehenden Dame – einer Mischung aus Pin-up-Girl und Trümmerfrau – und dem an Obamas gebrochenes Wahlversprechen "Yes, we can!" anknüpfenden Slogan "We can do it" geworben? (s. <http://nazi-aufmarschverhindern.blogspot.de/2010/04/30/rhein-main-buendnis-8-mai-gegen-den-nazi-aufmarsch-in-wiesbaden-verlegt-auftaktkundgebung-nach-erbenheim>) US-Medien werden über den Gegenprotest – wenn überhaupt – wohl berichten, deutsche Antifaschisten und Friedensbewegte fänden Obamas kriegstreiberische Politik ganz in Ordnung, und würden sich deshalb den "antiamerikanischen Nazis" entgegenstellen.

Sind die heutigen deutschen Militaristen, die den US-Imperialisten nicht nur die Bundeswehr als Fremdenlegion für ihre völkerrechts- und verfassungswidrigen Angriffskriege zur Verfügung stellen, sondern die US-Invasionstruppen auch noch im deutschen Luftraum und in den US-Militärbasen auf dem Boden der Bundesrepublik ihre Raubzüge üben lassen, weniger gefährlich, als die großdeutschen Militaristen, die die Welt allein erobern wollten?

Wenn man sich auf die bittere Lehre "Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!" aus dem Zweiten Weltkrieg beruft, darf man die Augen nicht vor dem Vormarsch einer neuen Art von Faschismus in den Vereinigten Staaten verschließen (s. dazu http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_10/LP09110_050410.pdf) und muss auch die sofortige Beendigung aller völkerrechts- und verfassungswidrigen US-Angriffsvorbereitungen in unserem Land fordern, weil sie die Welt an den Rand des Dritten und letzten Weltkriegs bringen können.

Die offenkundigen Parallelen zwischen den Angriffskriegen der Nazis und den laufenden und drohenden Angriffskriegen der US-Streitkräfte und ihrer NATO-Hilfstruppen werden weder in dem eingangs abgedruckten Aufruf des Bundesausschusses Friedensratschlag noch in dem Aufruf des Rhein-Main-Bündnisses 8. Mai gegen den Nazi-Aufmarsch in Wiesbaden thematisiert, der unter <http://www.igmetall-frankfurt.de/content/dokumente/Aufruf%20Wiesbaden%208.%20Mai.pdf> nachzulesen ist.

Wer wegen der Nazi-Verbrechen zur Recht gegen die Neonazis demonstriert, muss auch die Kriegsverbrechen der USA und der Nato anprangern, die Kriegsvorbereitungen gegen den Iran verurteilen und darf Guantánamo, Abu Ghraib, Falludscha, Kunduz, die Killerkommandos, die Morddrohnen und die Hunderttausende von Toten im Irak und in Afghanistan nicht einfach verschweigen.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern